

Diktatur im Gesamtverband

Unmittelbar nach dem Streik der Berliner Verkehrsarbeiter, wo die Gesamtverbandsbürokratie mit den Unternehmern in einer Front gegen die kämpfende Einheitsfront der Gesamtverbandsmitglieder, RGD-Mitglieder und Unorganisierten den Streikbruch organisierte, tagte vom 18. bis 20. November der Beirat des Gesamtverbandes.

Diese Körperlichkeit, welche aus befohlenen Vorstandsmitgliedern und aus Spitzenfunktionären des Gesamtverbandes besteht, maßte sich hier die Funktion des ersten ordentlichen Verbandstages an. Der erste ordnungsmäßige Verbandstag des Gesamtverbandes war bereits in der „Gewerkschaft“ Nr. 20 vom 14. Mai 1932 für die Zeit vom 30. Oktober bis 5. November in Hamburg festgesetzt und laut Statut ordnungsmäßig bekanntgegeben. Eine Verbandsbeiratsitzung am 11. Juni 1932 hatte die Verlegung des Verbandstages auf unbestimmte Zeit beschlossen. Damit hatte sich die Gesamtverbandsbürokratie der Verantwortung vor den Mitgliedern für ihre Lohnabbau- und Notverordnungsmaßnahmen entzogen.

Die jetzige Beiratsitzung beweist, daß die Gesamtverbandsbürokratie die Diktatur über die Mitglieder verschärfen will. Der Verbandsbeirat hat weitgehende Satzungsänderungen beschlossen. Das Beitragswesen wurde vollständig geändert. Der Vorstand des Gesamtverbandes wurde neu gewählt und dabei in seiner Macht gegenüber den Mitgliedern außerordentlich gestärkt. Neben 14 befohlenen Hauptvorstandsmitgliedern sind nur noch 17 unbesoldete Mitglieder im Hauptvorstand vertreten. Der Verbandsbeirat hat selbst die Verringerung seiner Mitgliederzahl von etwa 145 auf 83 beschlossen. Davon sind mehr als die Hälfte befohlene Angehörige des Gesamtverbandes.

Diese Tagung des Verbandsbeirats zeigt offen für alle Mitglieder des Gesamtverbandes die verschärfte Diktatur der Bürokratie und ihre verstärkte Bereitwilligkeit, den kommenden Lohnabbau sowie alle Unternehmerangriffe durchzuführen und die kämpfende Einheitsfront der Gemeinde- und Verkehrsarbeiter zu verhindern.

Der Verbandsbeirat nahm auch Stellung zu dem Streikkampf der Berliner Verkehrsarbeiter. Eine planmäßige Hege der Gesamtverbandsbürokratie gegen die kämpfende Einheitsfront der B.G.V.-Arbeiter und gegen die RGD und AFD, soll die streikbrecherische Rolle der Bürokraten vertuschen. So behauptete der Tarifreferat Paul Schulz in seiner Rede zum Streikstreik in Berlin, daß der Streik abgebrochen sei, ohne die Aufhebung der Maßregelungen zur Bedingung zu stellen. Die Tatsachen des B.V.G.-Streiks beweisen, daß die Streikleitung schon während des Streiks die Forderung auf Wiedereinstellung aller Kollegen aufstellte und daß es die Gesamtverbandsbürokratie war, die durch die Organisation des Streikbruchs den Sieg der streikenden B.V.G.-Arbeiter verhinderte. Die B.V.G.-Arbeiterkämpfte mit der gesamten Arbeiterklasse auch jetzt für die Wiedereinstellung aller Gemeindegeliebten. Die Gesamtverbandsbürokratie hat an ihre Betriebsräte in der B.V.G. die Anweisung gegeben, die restliche Wiedereinstellung der gemäßigten B.V.G.-Arbeiter zu verhindern. Die reformistische Mehrheit des Betriebsrates hat danach gehandelt und nur einen Teil der Einsprüche der Entlassenen anerkannt.

Die Gesamtverbandsbürokratie behauptet in dem Bericht von ihrer Beiratsitzung im „Vorwärts“ vom 22. November: „Wir haben die Demokratie zu verteidigen.“

Was die Gesamtverbandsbürokratie unter „Demokratie“ versteht, wird gekennzeichnet durch die Ausschüsse oppositioneller Funktionäre und Mitglieder, durch die Statutenänderungen ohne Beitrag der Mitglieder. Die Mitglieder des Gesamtverbandes sollen durch die Diktaturmaßnahmen der Gesamtverbandsbürokratie verhindert werden, durch ihre gewählten Vertreter Rechenschaft von dem Hauptvorstand in einem ordnungsmäßigen Verbandstag zu fordern. Stärker als je ist es notwendig, daß die Mitglieder des Gesamtverbandes ihr Bestimmungsrecht innerhalb der Organisation nachdrücklich wahrnehmen. Die Mitglieder haben jetzt stärker als vorher das Recht auf Klarheit und Verantwortung der stummenden Fragen über Taktik und Politik der Gesamtverbandsbürokratie. Die Mitglieder müssen sich ihre Leitungen selbst wählen.

Es ist Aufgabe aller Gemeinde- und Verkehrsarbeiter, die Einheitsfront aller Kollegen im Kampf gegen Unternehmer und Lohnabbau wirksam innerhalb des Gesamtverbandes, der Sektionen, Fraktionen und Ortsvereinigungen einzusetzen gegen die Diktatur der Bürokratie, gegen die Streikbruchrolle und die Lohnabbaupolitik der Gesamtverbandsbürokratie.

Wählt klugdenkende Mitglieder in die Leitungen des Gesamtverbandes! Verteidigt und führt euer Mitgliederrecht! Mobilisiert die Gewerkschaften zum Kampf um die innergewerkschaftliche Demokratie! Organisiert die Oppositionsgruppen im Gesamtverband!

Schiedspruch gegen die Schuharbeiter

Am Sonnabend, dem 19. November, wurde für die deutsche Schuhindustrie von einer Schlichterkammer unter Vorsitz des Regierungsdirktors Friedländer, Stettin, ein Schiedspruch gefällt, der eine Reihe Verschlechterungen vorsieht. Ein direkter Lohnabbau ist in dem Schiedspruch nicht enthalten, was ohne Zweifel die Folge der zahlreichen jugendlichen Streiks in der Schuhindustrie ist. Die Schlichterkammer wagte nicht, die Forderungen der Unternehmer zu erfüllen. Trotzdem ist der indirekte Lohnabbau beizubilligen. Er ergibt sich aus Verschlechterungen in den Feriendestimmungen. Weiter verschlechtert der Schiedspruch die Löhne der Schuharbeiter dadurch, daß diejenigen Arbeiter, die in eine höhere Altersklasse hineinwachsen, gegenüber dem früheren Zustand benachteiligt werden.

Die Einführungsfrist zu diesem Schiedspruch läuft bis zum 29. November. In der Schlichterkammer, die diesen Schiedspruch fällt, nahmen drei Gewerkschaftsvertreter teil. Für die deutsche Schuharbeiterkämpfte gilt der Grundlag; Sieber keinen Tarifvertrag als einen Tarif mit Verschlechterungen, den auch noch vor wenigen Wochen der „Schuhmacher“, das Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher, vertreten hat. Die Löhne der deutschen Schuharbeiter sind durch die Politik der Gewerkschaftsführer auf einem demütigenden Tiefstand angelangt, daß sie nicht die geringste Verschlechterung mehr vertragen.

Die Gewerkschaftsbürokratie wird wieder diesen Schiedspruch als „kleineres Übel“ hinstellen. Für die Schuharbeiter hat sich diese Politik des „kleineren Übels“ als größtes Übel erwiesen. Die Opposition im Zentralverband der Schuhmacher muß gemeinsam mit der RGD, die Forderung auf Ablehnung dieses Schiedspruches stellen. Die Einheitsfrontaktion in den Betrieben, die in den letzten Wochen jeden Lohnabbau zurückging, wird auch die neuen geplanten Verschlechterungen abwehren.

Verraten, aber nicht geschlagen!



So wurde der Streikbruch bei der B.V.G. organisiert

Auf der Generalversammlung des Gesamtverbandes am 25. November muß gegen die Streikbruchbürokratie Sturm gelaufen werden!

Der Verbandsbeirat des Gesamtverbandes hat eine Entschloßung zum B.V.G.-Streik angenommen. In der es heißt: „Er billigt das Verhalten und die von den Instanzen der Organisation getroffenen Maßnahmen.“ Das ist ein erneutes Bekenntnis zur Streikbruchpolitik. Zahlreiche SPD-Funktionäre haben inzwischen die Organisation des Streikbruchs offen eingestanden. Auf dem Zahlabend der 82. Abteilung erklärte der sozialdemokratische B.V.G.-Funktionär Klose wörtlich:

„Nachdem der Streik ausgebrochen war, hatten wir das größte Interesse daran, daß der Streik zusammenbrach. . . Da die Gewerkschaften den Streik nicht mitmachen konnten, wäre eine Unmöglichkeit gewesen, wenn der Streik Erfolg gehabt hätte. . . Es galt also zu verhindern, daß Verhandlungen zwischen Streikleitung und Direktion stattfänden. Tatsächlich war Bürgermeister Elsas beinahe bereit gewesen, Verhandlungen mit der Streikleitung aufzunehmen! In Zukunft wird man sich schützen, indem man jetzt alle die Leute abschiebt, denen man aktive Beteiligung am Streik nachweisen kann.“

In der Fraktionssitzung der sozialdemokratischen DMV-Fraktion am 7. November sagte der Sozialdemokrat Wolf von der Nordsüdbahn-Werkstatt Müllerstraße:

„Der „Vorwärts“ hat uns sehr geschadet. Wir konnten nicht glauben, daß uns die Gewerkschaftsfunktionäre belügen. Von der Gewerkschaft aus haben wir am Freitag eine Liste zirkulieren lassen, in die sich die Arbeitswilligen eintrugen. Durch zwei Funktionäre wurde diese Liste auf Umwegen der Werksleitung gebracht.“

Am Freitag, dem 25. November, um 19 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus am Logenplatz die Generalversammlung des Gesamtverbandes für Berlin statt. Dort will sich die Gewerkschaftsbürokratie erneut für ihre Streikbruchpolitik Entlastung erteilen lassen. Ausgerechnet die Streikbruchorganisatoren Schaum und Ortman sollen den „Bericht“ über den B.V.G.-Streik geben. Der eine von ihnen, Ortman, hat als Stadtrat von Berlin stets mitgehört, jeden Lohnabbau für die Gemeindegeliebten unter Dach und Fach zu bringen.

Gesamtverbands-Kollegen, nehmt noch heute in den Betrieben Stellung! Fordert von euren Generalversammlungs-Delegierten, daß sie auf der Generalversammlung Sturm laufen gegen die Streikbruch-Bürokratie, daß sie die Entlassung der Streikbruchorganisatoren aus ihren Funktionen beschließen!

Ziek maßregelt Arbeiterrat

Vorstoß der roten Betriebsräte — Geschlossene Einheitsfrontaktion der gesamten Belegschaft muß die Zurücknahme der Maßregelung erzwingen!

Die Direktion des Fing.-Warenhauses am Alexanderplatz hat am Dienstag den freigewerkschaftlichen Arbeiterrat Grabowski, einen oppositionellen Gesamtverbandsfunktionär, festgesetzt. Der Arbeiterrat hatte bei der Direktion gegen die Entlassung einer Kollegin Einspruch erhoben. Dabei wurde der Kollege Grabowski von dem Personalchef Werber mit den unerhörtesten Redensarten provoziert. Als sich Kollege Grabowski diese Provokationen entgegen setzten, warf ihm Werber letzterhand aus dem Zimmer hinaus und anschließend wurde die festgesetzte Entlassung ausgesprochen.

Diese Maßregelung ist nicht nur ein Schlag gegen den Kollegen G., sondern eine unerhörte Provokation der gesamten Belegschaft. Mit allen Mitteln verfährt die Fing.-Direktion, die Betriebsräte an der Interzessionsvertretung der Kollegen zu hindern. Wiederholt wurden bei Verhandlungen die Betriebsräte aus dem Verhandlungszimmer hinausgeworfen. Bei

der Ausübung ihrer Funktionen werden sie auf Schritt und Tritt aus der Funktion gedrängt. Als der Arbeiterrat einstimmig eine Sammlung für die gemäßigten B.V.G.-Arbeiter beschloß, wurde ihnen die Durchführung der Sammlung von der Direktion verboten. Dieses Verbot liegt in der Linie der Politik der letzten Schlichterkammer, die die letzten kümmerlichsten Reste der Betriebsräte völlig zu beseitigen verfuhr.

Wenn es der Direktion gelingt, die Maßregelung ungestört los durchzuführen, so werden weitere Maßregelungen unausweichlich folgen. Durch das Vorgehen gegen die Betriebsräte soll die Belegschaft ihrer Interzessionsvertretung beraubt und eingeschüchtert, sollen neue Vorstöße gegen die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter und Angestellten verhindert werden.

Dieser Angriff kann nur durch die geschlossene Einheitsfrontaktion aller Arbeiter und Angestellten des Warenhauses abgewehrt werden. Es geht hier nicht um das Wohlbefinden eines oder zweier Kollegen, sondern es geht darum, einmütig und geschlossen gegen die Maßnahmen und Pläne der Direktion aufzutreten.

Die roten Betriebsräte haben deshalb die sofortige Überberufung einer Betriebsversammlung durch den Betriebsrat gefordert. Aber die rotmännlichen Betriebsräte wollen selbst den Kampf gegen die Maßregelung ihres eigenen Betriebskollegen bestmöglich leiten. Sie haben erklärt, daß in der nächsten Woche nach Zeit sei, dazu Stellung zu nehmen. Inzwischen hat die Direktion neue Maßnahmen erdacht und durchgeführt.

Die roten Betriebsräte haben demnach selbst die Initiative ergriffen und eine Betriebsversammlung zu Donnerstag, 23. Nov., in der Friedrichs-Jahres, Str. Friedrichsplatz 5, einberufen.

Bei dieser Betriebsversammlung darf es nicht bleiben. Es muß sofort im Betrieb eine Delegation gewählt werden, die die sofortige Zurücknahme der Entlassung fordert. Durch die Überberufung der roten Betriebsräte werden die Kollegen der Forderung des roten Arbeiterrates verpflichtet. Die Delegation kann ganz sein, daß sie bei ihrem Kampf die Solidarität der gesamten Belegschaft der gesamten Belegschaft auf ihrer Seite hat.

Streik im Arbeitsdienstlager

Herburg, 23. November (Glp. Drahtbericht). Gestern sind in Wilhelmshurg 130 jugendliche Arbeitsdienstler gegen das schändliche Essen in den Streik getreten. In dem Essen bestand sich ein fünf Zentimeter langer Worm. Der Bauarbeiter nannte, die Sache wieder einzutreten. Er sagte mündlich: „Es kann noch mal vorkommen, daß das Essen nicht so ist, wie es sein soll. Im Schuppen haben wir tagelang nichts zu essen bekommen und haben auch gearbeitet.“ Ein Herr vom Bauamt verfuhr, die Gelegenheit zu regeln, jedoch ohne Erfolg. Inzwischen hatte die Zeitung für 12 Jugendliche die Papiere festgenommen, mußte aber auf Grund des Massenprozesses die Entlassung zurücknehmen. Die streikenden Jungarbeiter wählten eine Delegation von 5 Mann, die dem Bauamt folgende vier Forderungen vorlegte: 1. Anerkennung der gewählten Delegationen, 2. Ablehnung jeder Maßregelung, 3. sofortiger Bar eines Fahrkartenschuppens, 4. Ausspülung des für das Essen verwendeten Geldes.